

Der Staat und die Kartelle.

Von Alois Reich, Kartellreferenten des Industriekongresses.

Für die Wirtschaft nach dem Kriege wird Einschränkung der Erzeugung und Drosselung der Importe vielfach empfohlen, während gleichzeitig die Notwendigkeit stärkster Hebung des Exports — zwecks Kräftigung unserer Valuta — betont wird. In diesen Plänen liegt ein innerer Widerspruch, denn nur unter vollster Ausnützung ihrer Betriebsstätten kann die österreichische Industrie hinreichend billig erzeugen, um auf dem Weltmarkt erfolgreich zu konkurrieren. Wohl aber muß vermieden werden, daß diese volle Ausnützung der Betriebe zu einem mehr oder weniger vernichtenden Konkurrenzkampf im Inlande führe, sobald der erste drängende inländische Bedarf nachgelassen haben wird. Ganz abgesehen davon, daß Industrien, die sich im Inlande zu Tode konkurrieren, an Exportkraft erfahrungsgemäß einbüßen, zieht auch der einheimische Konsument keinen dauernden Nutzen aus solchen Preiskämpfen, denn sie enden zu guter Letzt stets mit dem Zusammenschlusse der überlebenden Stärkeren zu einer mehr oder weniger kartellmäßigen Organisation, die sich die Kriegskosten für die vorherige Verschleuderung ihres Produktes nachträglich vom Abnehmer ersehen lassen muß.

Ein solcher vernichtender inländischer Preiskampf ist aber nach Kriegsende um so mehr zu befürchten, als zahlreiche bedeutende Industrien sich während des Krieges außerordentlich spezialisiert haben. Anarchie in der Produktion und im Wettbewerb muß daher nach dem Kriege ebenso sorgfältig vermieden werden wie während des Krieges die Anarchie in der Konjunktion. Dieses Ziel kann nur durch eine entsprechende Organisation der einzelnen Industriezweige erreicht werden, die einen einheitlichen Ueberblick über Anbot und Bedarf sowie dementsprechende jährliche Produktions- und Absatzregelung gestattet. Daß nur organisierte Industrien im kräftigsten Maße exportfähig sind, lehrt die Erfahrung.

Es wird zwar öfter darauf hingewiesen, daß die Exportpreise mancher Industrieerzeugnisse billiger sind als die inländischen; hierfür sind jedoch fast ausnahmslos in der Struktur des Weltmarktes gelegene Gründe vorhanden; umgekehrt würde ein Rückgang an Export notgedrungen zu einer Einschränkung der Betriebe und der Arbeiterzahl, somit keinesfalls zu einer Verbilligung der Produktionskosten und der inländischen Preise führen. So zum Beispiel hat die österreichische Fensterglasindustrie während eines langjährigen zügellosen inländischen Preiskampfes ihre Exportkraft nicht entwickeln können, da ihr der feste Halt einheimischer Rentabilität fehlte; erst seit dem organisierten Betriebe und Betriebe ihrer Produkte war sie in der Lage, den Export nach dem Balkan und andern Gebieten, die früher der ausländischen Konkurrenz überlassen werden mußten, in einem stets steigenden Ausmaße zu pflegen.

Eine solche Betriebs- und Betriebsorganisation innerhalb eines Industriezweiges vermag auch den Einkauf und Import unbedingt notwendiger ausländischer Rohstoffe, wie zum Beispiel von Baumwolle, in ökonomischer Weise zu bewirtschaften, indem nicht nur ein schrankenloser Wettbewerb in den ersten Importjahren nach dem Kriege vermieden würde, der lediglich dem ausländischen Markt und Verkäufer zugute käme, sondern auch wesentliche finanzielle Ersparnisse bei den Einkaufsoperationen erzielt werden könnten. Eine der Industrie von Staats wegen auferlegte Verpflichtung, sich — unter Staatsüberhoheit — selbständig zu organisieren, würde der Industrie auch die Freiheit der Selbstbestimmung wahren. Wenn der Bestand der einzelnen Industrieorganisationen des Weiteren dadurch gesichert würde, daß deren Auflösung nicht vom Willen eines einzelnen oder vom Austausch eines sogenannten Diktators abhängig gemacht ist, so wären die auf Grund solcher Organisation vor den bisherigen willkürlichen Betriebs- und Preischwankungen geschützten Industriegruppen ebenso sehr in der Lage, an den Staat eine

Produktionsabgabe zu leisten, wie auch den höheren sozialen Anforderungen der Zukunft in gesteigertem Maße gerecht zu werden. Es wird dann überflüssig, sich behufs Vermehrung der Staatseinnahmen nach der Schaffung von neuen Monopolen mit allen ihren überwiegenden Nachteilen umzusehen. Jeder Neuproduzent müßte verhalten werden, der zugehörigen Pflichtorganisation beizutreten, die ihm ein entsprechendes Kontingent am Inlandsbedarfe zuweisen hätte, wofür gegen den Neubetrieb verpflichtet wäre, einen äquivalenten Teil seiner Produktion an das betreffende Syndikat zu Zwecken des Exports abzugeben. Hierdurch wäre die Möglichkeit und der Anreiz zur Schaffung neuer Betriebsstätten nach wie vor gewahrt.

Eine auf gleicher Grundlage zusammengefaßte Exporttätigkeit würde unter einem der Kräftigung unserer Valuta, beziehungsweise der gesamten Kaufkraft des Reiches wertvolle Dienste erweisen. Zweifellos würde zum Beispiel die österreichische Fensterglasindustrie vorziehen, eine solche Abgabe von ihrem Gesamtumsatze an den Staat abzuführen, als durch das Wiedereintreten anarchischer Zustände in Betrieb und Vertrieb bedenkliche Existenzschädigungen sowohl des Arbeitgebers als auch des Arbeitnehmers zu erdulden.

Welcher Auffassung man auch sein mag — Kapitalkassoziationen und Syndikatsbildung sind Erscheinungen des modernen Wirtschaftslebens, die in den marktbeherrschenden Industriestaaten eine weit höhere Entwicklung erlangt haben als in Oesterreich. Es kann sich daher bei uns nur darum handeln, den Strom dieser Entwicklung im Staats- und sozialen Interesse entsprechend zu regeln. Ebenso, wie dem Staate schon bisher auf vielen Gebieten des Tarifwesens eine entsprechende Kontrolle und Überhoheit gewahrt wurde, sollte dies auch hinsichtlich der Gebahrung und Preisstellung der Industriesyndikate der Fall sein. Die Wahrung der Interessen des Staates, der Arbeitnehmer und des Konsums bei den einzelnen Industriegruppen könnte einem aus berufenen Vertretern zusammengesetzten Syndikatsbeirats übertragen werden. Gleichzeitig wäre die endliche Schaffung von Arbeiterkammern als ständiger beruflicher Vertretung der Arbeiterschaft im Zusammenhange mit der Wahrung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer dringend zu empfehlen.

(Ein Schlußartikel folgt.)